UKGM
UNIVERSITÄTSKLINIKUM
GIESSEN UND MARBURG

Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH
Betriebsrat • Otto-Loewi-Straße • 35043 Marburg

Standort Marburg

Betriebsrat
Otto-Loewi-Straße
35043 Marburg

Telefon: 06421/58-63431
Telefax: 06421/58-66564

betriebsrat.mr@uk-gm.de
Internet: www.ukgm.de

Datum: 26.08.2015

Bearbeiter: Bettina Böttcher

Resolution
(beschlossen in der Betriebsversammlung am Standort Marburg der UKGM GmbH am 26.08.2015)

Standortsicherung Uniklinikum Marburg

Die Beschäftigten des UKGM hatten sich an den Hessischen Ministerpräsidenten gewandt, weil sie die Sicherstellung der Krankenversorgung und insbesondere auch die Forschung und Lehre, zunehmend gefährdet sehen.

Wir hatten den Ministerpräsidenten Bouffier gebeten, seiner verfassungsgemäßen Verpflichtung zur Sicherung der Krankenversorgung aktiv und sichtbar nachzukommen und zwar unabhängig von der jetzigen oder zukünftigen Rechts- und Eigentumsform des Klinikums.

Dieser Aufforderung ist er bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachgekommen, sondern hat die eigentliche „Chefsache“ an den nachgeordneten Staatssekretär, Herrn Jung weitergereicht.

Die Beschäftigten sorgen sich darum, dass sie mit ihrer Leistung unter den sich ständig verschlechternden Rahmenbedingungen nicht mehr die exzellente Versorgung für die Menschen sicherstellen können.

Diese Leistung muss anerkannt werden, was sich auch in vertretbaren Arbeitsbedingungen äußern muss, die für viele Beschäftigten aber nicht mehr gegeben sind. Hierbei sind auch die Bedingungen für die Betroffenen in der Forschung und Lehre mit einzubeziehen.

Personalknappheit, Arbeitsverdichtung, Fallzahlensteigerung, dadurch bedingte nicht kompensierte Krankheitsausfälle, ständig zu leistende Überstunden, zunehmende Anzahl von befristeten Arbeitsverträgen – ohne Sachgrund - und fehlende Wertschätzung des Arbeitgebers für die Leistung der Beschäftigten, sowie die Hoffnungslosigkeit auf eine Besserung der derzeitigen Arbeitsbedingungen führen zur Unzufriedenheit bei den Kollegen/-innen.

Das Land muss endlich seinen Einfluss als Miteigentümer und als politisch Verantwortlicher wahrnehmen, damit für den Standort Marburg auf transparentem Weg unter Einbeziehung aller Beteiligten eine tragfähige Zukunft hergestellt wird.

Wir nehmen daher seine zitierten Worte „*eine gemeinsame Verantwortung der Beteiligten für das UKGM*" zum Anlass und erwarten schnellstmöglich einen Terminvorschlag für ein persönliches Gespräch mit den Mitarbeitervertretungen um die Situation des UKGM zu klären, damit der Standort Marburg wieder gestärkt und gesichert wird.

Dazu fordern wir ein:

- Sicherung von Forschung und Lehre

- Abschließende Klärung und Einigung bei der Trennungsrechnung (Zahlung des Fachbereiches Medizin für die Inanspruchnahme von Leistungen, die im Rahmen der Forschung und Lehre durch das UKGM erbracht wurden)

- Sicherstellung der Übernahme der Krankenpflegeschüler/-innen und Auszubildenden am UKGM nach der Ausbildung

- Finanzierung und Umsetzung weiterer notwendiger Investitionen

- Wiederaufnahme in die Investitionsförderung des Landes Hessen unter Berücksichtigung der herkömmlichen Fördermittelgrundsätze

- Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten durch Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen

- deutliche Reduzierung von Zeitverträgen nach § 14 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz durch Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis

- einen qualitativen und quantitativen Personalmindeststandard

- endlich in einen konstruktiven Dialog mit den Betriebs-, Personalräten, der JAV sowie der Schwerbehinderten Vertretung und den Tarifpartnern einzutreten, bei dem dann neben den speziellen Arbeits- und Organisationsbedingungen der Universitätsklinika auch die Frage von Stellenveränderungen und Themen wie z.B. der Leistungsverdichtung und Effizienzsteigerung angesprochen und geklärt werden.

Für uns, die Beschäftigten, ist es wichtig, dass auch in Zukunft Vertrauen in die Sicherheit und Qualität unserer medizinischen Versorgung besteht.

Die Betriebsversammlung beschließt daher, dass zur Sicherung des Universitätsstandortes Marburg, Herr Ministerpräsident Bouffier aufgefordert wird, aktiv an der Umsetzung des vorstehenden Forderungskataloges mitzuwirken und mit uns in konstruktive Gespräche über die Arbeitssituation in der Krankenversorgung, sowie über die Sicherstellung der Lehre und Forschung, einzutreten.

B. Böttcher

Bettina Böttcher
Betriebsratsvorsitzende